

Was uns bewegt - Politik in Holle und unserer Region

INHALT

SEITE 2

INTERVIEW MIT
BERND BEUSHAUSEN,
BÜRGERMEISTER DER STADT
ALFELD

SEITE 6

„IF I WOULD BEGIN AGAIN I
WOULD BEGIN WITH CULTURE“
ARTIKEL VON
CLAUS-ULRICH HEINKE

SEITE 8

AUS DEM KREISTAG

SEITE 8

MITSTREITERINNEN UND
MITSTREITER AUS DER
KOMMUNALPOLITIK:
BERNDT SEILER

SEITE 10

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES
SPD-GEMEINDEVERBANDES
HOLLE

SEITE 11

„UNTERM GALGENBERG“ -
AUTORENLESUNG DES SPD-
GEMEINDEVERBANDES HOLLE

SEITE 12

SUEDLINK - WEITERE BELASTUNG
DER REGION FALSCHER
WEICHENSTELLUNG

IMPRESSUM

Ausgabe 6 - April 2017

Die neue Ausgabe meines Info-Briefes ist fertig. Sie enthält wieder vielfältige Beiträge, von denen ich drei an dieser Stelle hervorheben möchte:

Mit dieser Ausgabe setze ich die Reihe der Interviews fort. Besten Dank an Bernd Beushausen, Bürgermeister der Stadt Alfeld, dass er mir hierfür zur Verfügung stand!

Claus-Ulrich Heinke,
Vorsitzender des
Kulturbeirates des Landkreises
und Vorsitzender der
Kontaktstelle Musik im

Landkreis Hildesheim e.V., hat einen Beitrag zur Bedeutung der Kulturpolitik beigesteuert.

Und schließlich setze ich die Rubrik „Mitstreiterinnen und Mitstreiter“ fort, dieses Mal mit Berndt Seiler, meinem Kreistagskollegen und Vorsitzenden des Kreistagsausschusses für Schule, Bildung und Kultur.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Sven Wieduwilt



Interview

mit Bernd Beushausen, Bürgermeister der Stadt Alfeld

Du bist seit 2006 Bürgermeister der Stadt Alfeld. Was waren in den 10 Jahren die größten Erfolge?

Imminent wichtig in den letzten zehn Jahren war sicherlich, dass die Stadt Alfeld (Leine) zusammen mit dem Landkreis Hildesheim das hiesige Krankenhaus als ein solches der Grund- und Regelversorgung hat erhalten können.

Natürlich schmerzt es mein sozialdemokratisches Herz, dass dies nur durch Abverkauf an die AMEOS, mithin einem privaten Krankenhausbetreiber, möglich war. Die Alternative wäre aber gewesen, das Krankenhaus schließen zu müssen. Dies hätte für das Mittelzentrum Alfeld und die Region einen herben Rückschlag bedeutet.

Das zweite wichtige Ergebnis meiner bisherigen 10jährigen Amtszeit ist sicherlich der Umstand, dass es uns in der Region Leinebergland gelungen ist, die ehemalige LEADER-Region auch ohne EU-Fördermittel weiter zu erhalten und auszubauen. Die sieben Jahre als LEADERplus-Region haben gezeigt, wie wichtig es ist, gerade im Süden des Landkreises Hildesheim eine gemeinsame Entwicklungsstrategie nicht nur zu erarbeiten, sondern sie auch umzusetzen.

Du bist Bürgermeister in Alfeld, hast aber auch einen Blick auf die Region. Wo siehst Du die größten Herausforderungen?

Es unstrittig so, dass der Landkreis Hildesheim geografisch, wirtschaftlich und infrastrukturell in drei Teile zerfällt. Der Süden des Landkreises sieht sich am stärksten den Herausforderungen des demografischen Wandels ausgesetzt. Die

Stadt Hildesheim mit ihren 100.000 Einwohnern weist die bekannten spezifischen haushaltstechnischen Probleme auf. Die um Hildesheim herumliegenden Gemeinden profitieren im Grundsatz von der im Oberzentrum vorgehaltenen Infrastruktur. Der Norden des Landkreises mit seiner Nähe zur Landeshauptstadt muss sich aufgrund der ansteigenden Mieten und Bodenpreise in Hannover damit auseinandersetzen, bedarfsgerecht neue Baugebiete auszuweisen. Dieser Spannungsbogen macht deutlich, dass es aus meiner Sicht erforderlich ist, noch intensiver ein Wirgefüh für den gesamten Landkreis einschließlich der Stadt Hildesheim zu entwickeln, so, wie uns dies in dem nunmehr 10jährigen Prozess in der Region Leinebergland gelungen ist. Wenn wir uns die ersten Schritte unseres neuen Landrates, Olaf Levonen, in dieser Fragestellung anschauen, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg. Auch die Bewerbung der Stadt Hildesheim zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025, die nur dann sinnvoll ist, wenn sie auch die Region mitnimmt, könnte überdies ein Mittel sein, dieses Wirgefüh auf eine breite Basis zu stellen.

Was muss passieren? Und wo ist Unterstützung erforderlich?

Aufgrund der dargestellten vielfältigen und sehr unterschiedlichen Herausforderungen für die Kommunen im Landkreis Hildesheim wird es sehr darauf ankommen, dass der Landkreis selbst im Rahmen seiner Klammerfunktion differenziert die Kommunen an den Stellen

unterstützt, wo die Verwaltungen selbst aufgrund ihrer Kleinteiligkeit nicht in der Lage sind, dies zu tun. Ein ganz hervorragendes Beispiel ist hierbei die Initiative von Olaf Levonen, im Rahmen der Beseitigung der sogenannten „weißen Flecken“ dafür Sorge zu tragen, dass sich dort, wo die Internetversorgung noch unterdurchschnittlich ist, die Situation in Kürze ändern wird. Hieran wird deutlich, dass unser neuer Landrat, auch auf Initiative gerade der sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamten, diese Aufgabe des Landkreises sehr ernst nimmt, für möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse im Landkreis zu sorgen.

Die Integration der auf der Flucht und der Suche nach einem neuen Zuhause zu uns gekommenen Menschen bleibt auch in den kommenden Jahren auf der Tagesordnung. Du warst Vorsitzender der Integrationskommission des Landkreises Hildesheim. Wo siehst Du Handlungsbedarfe?

Ich bin davon überzeugt, dass wir es in einem hervorragendem Zusammenwirken mit der Landkreisverwaltung geschafft haben, die Flüchtlinge und Asylsuchenden, die zu uns in den Landkreis gekommen sind, ordnungsgemäß und sicher unterzubringen. Wir stehen aber auch hier am Anfang. Es wird nun darum gehen, in Zusammenwirken mit vielen Akteuren, was immer sehr herausforderungsvoll ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen, die zu uns gekommen sind, auch tatsächlich die Möglichkeit haben, sich zu integrieren. Basis hierfür bildet das Erlernen der deutschen Sprache. Ohne eine ausreichende Sprachkompetenz besteht nicht die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachzuholen, Ausbildungsabschlüsse zu erzielen oder zu studieren. Gerade mit unserer Volkshochschule haben wir hier einen hervorragenden strategischen Partner, der dieses Themenfeld

beherrscht. Ich würde mir wünschen, dass wir gerade im Bereich der Integration die Rolle der Volkshochschule noch einmal gemeinsam aufwerten könnten. Hier kein Geld zu investieren, bedeutet, dass wir uns schon jetzt nicht unerhebliche Probleme für die Zukunft schaffen würden. Ohne Sprachkompetenz und daraus folgender Integrationsfähigkeit besteht immer die Gefahr der Bildung von Subkulturen. Diese im Nachhinein aufzubrechen und sie zu befrieden wird immer teurer sein, als wenn wir jetzt die Volkshochschule mit ausreichenden Mitteln versorgen würden.

Als ehemaliger Vorsitzender der Integrationskommission ist mir aber eines dabei ganz besonders wichtig. Nachvollziehbarer Weise galt in den letzten eineinhalb Jahren unser Augenmerk den Menschen, die unmittelbar in dieser Zeit durch Flucht und Vertreibung, durch Krieg und Nahrungsmittelknappheit zu uns gekommen sind. Indes leben in unserem Land –und dies war die eigentliche Zielgruppe der Integrationskommission- auch Menschen seit Jahrzehnten, die keine Integrationsangebote in ausreichender Form erhalten oder solche, wenn vorhanden, einfach nicht angenommen haben. Auch um diese Einwohnerinnen und Einwohner gilt es sich weiter zu kümmern. Die entwickelten Strategien gerade im Bereich der Vermittlung von Sprachkompetenz für die Flüchtlinge und Asylsuchenden, die seit Kurzem bei uns sind, könnten meiner Ansicht nach auch mit wenig Aufwand den Menschen mit Migrationshintergrund angeboten werden, die sich seit Längerem bereits in unserem Land befinden.

Die Kommunen haben bei der Integration eine zentrale Rolle. Bedürfen die Kommunen einer größeren Unterstützung (durch Landkreis, Land und Bund)? Und wenn ja, wo?

Es ist eine Binsenweisheit, dass Integration in den Städten und Gemeinden und nicht auf Landes- oder Bundesebene stattfindet. Genauso liegt es auf der Hand, dass Integration nicht etwas ist, was nach einem halben Jahr abgeschlossen ist. Wenn ein Maßstab für gelungene Integration die Vermittlung von Sprachkompetenz und das Erreichen von Schul-, Ausbildungs- und/oder universitären Abschlüssen ist, kann man sich vorstellen, dass Integration, bei knapp einer Million neuen Einwohnerinnen und Einwohnern, die die Bundesrepublik Deutschland in den letzten eineinhalb Jahren aufgenommen hat, eine Aufgabe sein wird, die über mehr als ein Jahrzehnt unser Augenmerk verlangen wird. Dies alles muss und soll koordiniert werden, ohne, dass die Menschen mit Migrationshintergrund, die schon seit Längerem in unserem Land leben, vergessen werden. Dieser Koordinationsaufwand zielt sicherlich zuerst einmal auf die Situation vor Ort. Aus den Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahre kann ich aber festhalten, dass ein nicht unerheblicher Teil an Koordinierung auch vertikal, d.h. zwischen den einzelnen Staatlichen Ebenen notwendig ist, um Reibungsverluste zu vermeiden. Die Stadt Alfeld (Leine) hat als erste Kommune im Landkreis Hildesheim eine neue Stelle eines Flüchtlingskoordinators geschaffen. Die hier anfallenden Sach- und Personalkosten sind nicht unerheblich. Ich würde mir wünschen, dass trotz aller Föderalismusdiskussion zwischen Bund, Land, Landkreis und Kommune ein Finanzierungssystem einfacher Art gefunden wird, das finanziell spürbar entlastet.

Die bereits genannte Integrationskommission hatte ein integrationspolitisches Leitbild entworfen, das vom Kreistag auch verabschiedet wurde. Ist es noch immer aktuell? Kann es nach wie vor als Kompass für

die migrations- und integrationspolitische Arbeit dienen?

Im Kern halte ich das Leitbild weiter für inhaltlich sach- und fachgerecht. Feststellen müssen wir aber, dass die Bundesrepublik Deutschland sich von der damaligen Definition, dass hier Einwanderung stattfindet, nunmehr endgültig zu einem Einwanderungsland entwickelt hat. Hieraus ist meiner Ansicht nach die Schlussfolgerung zu ziehen, die die Sozialdemokratie schon seit geraumer Zeit erhebt, dass nach neuseeländischem oder kanadischem Vorbild ein Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht wird.

Das Leitbild selbst ist sicherlich den realpolitischen Veränderungen der letzten eineinhalb Jahre anzupassen. Dies vor allen Dingen in der Entwicklung einer gleichen Strategie der Integration für die neuen Flüchtlinge und Asylsuchenden und die Menschen mit Migrationshintergrund, die seit Längerem in unserem Land leben.

In Hildesheim gibt es die Initiative für die Bewerbung um den Titel „Europäische Kulturhauptstadt 2025“. Wie bewertest Du diese Initiative? Welche positiven Impulse siehst Du ggf. für Alfeld, aber auch generell für den „Südkreis“?

Allein der Weg hin zur Bewerbung bietet für mich die Möglichkeit, das notwendige Wirgefühls im Landkreis Hildesheim zu steigern. Es geht darum, sich besser kennenzulernen, sich vertrauen zu können, um den Spannungsbogen zwischen der Stadt Hildesheim und den Kommunen im Umland abzubauen. Es liegt noch ein langer Weg vor uns. Ein entsprechendes Konzept muss erarbeitet werden.

Ohne die Städte und Gemeinden um die Stadt Hildesheim herum wird eine Bewerbung meiner Ansicht nach nicht tragfähig sein. Der Südkreis kann sich mit seinen Leuchttürmen einbringen. Zu nennen sind insbesondere der Lamspringer

September, die Fredener Musiktage und das Alfelder Faguswerk als Kulturzentrum der Stadt und der Region. Den Effekt, den man sich erhoffen kann, ist, dass der gesamte Landkreis Hildesheim und mithin auch der Südkreis mit seinen herausragenden kulturellen Angeboten einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgemacht wird und hierdurch neue Gäste in unsere Region kommen.

Ein anderes Thema: Die Landes-SPD strebt die Gebührenfreiheit für den Kindergartenbesuch an. Ein richtiger Schritt? Und ein Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit?

Schon seit Jahren zeigen seriöse Untersuchungen, dass in unserem Land die Bildungschancen immer noch in nicht unerheblicher Form von der Größe des Portemonnaies der Eltern abhängig sind. Dies können wir als Sozialdemokraten allein schon aus dem Gesichtspunkt der Solidarität nicht akzeptieren. Ich begrüße daher ausdrücklich den Schritt unserer Landesregierung, hier Abhilfe zu schaffen.

Die Städte und Gemeinden im Landkreis Hildesheim sind vom Grundsatz her nicht für die Kinderbetreuung verantwortlich. Dies ist der Landkreis selbst. Indes tragen die Städte und Gemeinden mindestens 50% der anfallenden nicht gedeckten Kosten. Insofern macht die Aussage unserer Ministerin, Frauke Heiligenstadt, mehr als Sinn, eine ordnungsgemäße Finanzierung, die aus meiner Sicht die Kommunen entlasten muss, sicherzustellen. Hier einen Schnellschuss zu fordern, wie dies die Opposition im Landtag tut, ist nicht nur populistisch, sondern ganz einfach unseriös.

Ein Blick auf bzw. in unsere Partei: Im Herbst hatte der frühere Parteivorsitzende Sigmar Gabriel ein stärkeres kommunales Profil der SPD angemahnt. Wünschst Du Dir manchmal eine stärkere Rolle und Beteiligung

sozialdemokratischer Kommunalpolitikerinnen und –Politiker? Und wie könnte und sollte das aus Deiner Sicht aussehen?

Sigmars Aussage kann ich nur doppelt unterstreichen. Und wenn ich mir die Aussagen unseres neuen Parteivorsitzenden Martin Schulz genau anhöre, dann wird er richtiger Weise die Linie von Sigmar weiter fortführen.

Martin hat durch seine elfjährige Erfahrung als hauptamtlicher Bürgermeister genau verstanden, dass die Kernarbeit auch sozialdemokratischer Politik vor Ort in den Kommunen stattfindet. Wir sind als Verantwortliche mit allen, teilweise sogar auch außerhalb unserer Zuständigkeit liegenden Herausforderungen und Problemstellungen konfrontiert und versuchen diese im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger zu lösen. Unter diesem Gesichtspunkt stellen wir in einem nicht unerheblichen Maße das Gesicht der SPD vor Ort dar. Unsere Erfahrungen können der Landes- und der Bundespolitik dazu dienen, noch besser die Probleme der Menschen vor Ort verstehen zu können. Denn nur, wenn ich verstehe, was die Menschen bewegt und bedrückt, kann unsere Partei im Land und Bund wirksam Abhilfe schaffen.

Stephan Weil selbst war jahrelang Vorsitzender der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Niedersachsen (SGK) und trifft auch regelmäßig in diesem Zusammenhang mit sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamtinnen und –beamten zusammen. Ich finde, dass die SGK noch intensiver von der Partei zur Darstellung der lokalen Probleme vor Ort in Anspruch genommen werden könnte.

Wäre ein stärkeres kommunales Profil der SPD auch eine Voraussetzung für die Mehrheitsfähigkeit unserer Partei?

Auch hier möchte ich auf Martin Schulz verweisen.

Die Wiederherstellung von sozialer Gerechtigkeit muss das Ziel unserer Partei sein. Dieses Ziel verfolgen sozialdemokratische Hauptverwaltungsbeamtinnen und –beamte täglich und unmittelbar. Wenn wir den Menschen klarmachen können, dass dieses Streben soziale Ungerechtigkeit in Deutschland zu beseitigen, sowohl von den Kommunalpolitikern vor Ort, als auch von der Landes- und Bundespartei nicht nur propagiert, sondern auch umgesetzt wird, hat die SPD aus meiner Sicht auch weiterhin die große Chance, unter ihrer Führung Mehrheiten auf Landes- und Bundesebene zu organisieren.



„If I would begin again I would begin with culture“

- Jean Monnet (nach: Diss. Robert Krasser, *Kulturentwicklung in der Raumplanung*)

Einige Anmerkungen zur Kulturentwicklung im Landkreis Hildesheim von Claus-Ulrich Heinke, Vorsitzender des Kulturbeirates des Landkreises und Vorsitzender der Kontaktstelle Musik im Landkreis Hildesheim e.V.

Hinter diesem Satz, der dem Vater der europäischen Einigung in den Mund gelegt wird, steckt eine bittere und eine hoffnungsvolle Erkenntnis.

Bitter, weil wir heute die Konsequenzen einer Entwicklung zu spüren bekommen, die alleine auf Geld, Macht und Besitzstand aufgebaut wird und die Jean Monnet mit in Gang setzte, später aber kritisch sah.

Hoffnungsvoll, weil durch diese kritische Sicht von einer vorrangig wirtschaftlich orientierten Persönlichkeit nun der Kultur eine zentrale Rolle bei der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung zugeordnet wird.

Wer so etwas denkt, hat erkannt, dass Kultur nicht eine Feierabendzugabe zum sonstigen Leben ist. Wer so etwas denkt, hat erkannt, dass Kultur vielmehr der Katalysator ist für gesellschaftliches und politisches Leben. Eine Querschnittsaufgabe, der viel zugetraut werden kann.

Das erkannte auch der Landkreis vor mehr als 15 Jahren und setzte den Prozess einer Kulturentwicklungsplanung in Gang.

Der Landkreis begann diesen Prozess in einer Zeit, in der nach meiner Recherche nur 4 andere Landkreise in der Bundesrepublik so etwas in Angriff genommen hatten. Vielleicht spielte auch das Desaster der vollständigen Zuschusskürzung für die Musikschule und die damit einhergehenden Angriffe und Fragen nach der kulturellen Kompetenz eine gewisse Rolle. Heute löst es immer wieder Bewunderung und Respekt aus, wenn man auf Tagungen, Kongressen oder anderen Gelegenheiten davon erzählt, wie der Landkreis kulturell aufgestellt ist. Im Konzert der niedersächsischen Regionen hat unser Landkreis Leuchtturm-Funktion übernommen.

Es geht dabei bis heute nicht um einen abzuarbeitenden Plan auf einen vorher festgelegten Weg, sondern um einen Prozess, gleichsam um einen gemeinsamen kulturellen Straßenbau. „Ein Weg entsteht, wenn man ihn geht“, heißt ein viel zitiertes chinesisches Wort. In diesem Sinne ist die Kulturentwicklungsplanung eine Einladung zu vernetztem Suchen und Handeln.

Die Kulturentwicklungsplanung des Landkreises Hildesheim sucht Wege und Strukturen, Kultur als integralen und integrierenden Bestandteil des Lebens der Menschen zu ermöglichen. Es sollen kulturelle Rahmenbedingungen entstehen oder, wo sie bereits da sind, offen gehalten werden, die es dem mündigen, selbstbestimmten Menschen erlauben, seine Identität zu entwickeln und Heimat zu finden. Dabei sind Formen zivilgesellschaftlichen Engagements besonders zu beachten und zu fördern. Sie dienen letztlich der Verwurzelung demokratischer Lebensweise.

In diesem Sinne ist Kulturentwicklung immer auch Regionalentwicklung. Das nicht nur im Sinne eines sogenannten weichen Standortfaktors, der sich letztlich der

Wirtschaftsförderung unterordnen würde. Sondern als Partner in Augenhöhe bei der Frage nach den Notwendigkeiten, wie eine Region nachhaltig entwickelt werden kann. Im Landkreis Hildesheim wird deswegen an einem Dialog gearbeitet, bei dem Kultur, Wirtschaft, Tourismus, Banken, Verkehr und andere den begonnenen Entwicklungsprozess der Kulturentwicklungsplanung transformieren in die lebenswichtige Frage nach der Zukunft unserer Region. Dabei sind die Erkenntnisse und Erfahrungen aus Projekten wie DorfSichten oder LandArt gute Bausteine für das zu bauende Gebäude, um nur einige wenige Beispiele aus der Fülle der kulturellen Landkreisprojekte zu nennen.

Ich schließe mit Worten des ehemaligen Leiters des Kulturbüros des Landkreises Hans-Jürgen Driemel, die er in seinem Sachstandsbericht zu Kulturentwicklung 2005 in der ihm eigenen Sprache und Gedankenwelt ausgesprochen hat: „Es bleibt zu hoffen, dass diese Erörterungen beitragen zur Einsicht, dass es sich bei der Kultur um einen Bereich handelt von großer Dynamik und einem hohen Grad gesellschaftlicher Wirkungsmächtigkeit. In der Förderung von Rahmenbedingungen, welche die Schaffung von Gestaltungsräumen ermöglichen, in denen die Bürgerinnen und Bürger sich als Lebenswelt gestaltende Mitglieder einer entwickelten Zivilgesellschaft wirklich und wahrhaftig auch erfahren können, liegt ein Schlüssel zum oft beschworenen Aufbruch zu neuen Ufern (dem viel zitierten Herzog'schen „Ruck“). Die Zahl derer, die bereit sind, sich in diesem Sinne zu engagieren, nimmt zu. Tatsächlich scheint es sich hierbei um einen Prozess von Re-Politisierung zu handeln, der hoffen lässt und der es verdient, gerade auch von Seiten der etablierten politischen Akteure begrüßt zu werden, markiert er doch einen Rückgang der allenthalben und unisono beklagten Politikverdrossenheit.“

Aus dem Kreistag - Haushalt 2017 und andere

Am 30. März 2017 kam der Kreistag zu seiner 2. Sitzung in dieser Wahlperiode zusammen. Es war eine umfangreiche Sitzung: Unter anderem stand die Verabschiedung des Haushaltes 2017 auf der Tagesordnung.

Neben und verbunden mit dem Haushaltsbeschluss 2017 wurden zu folgenden Themen Beschlüsse gefasst:

- Start des Vorhabens „Kreientwicklung – neuer Zusammenhalt“ mit dem Ziel, unter dem Arbeitsbegriff „Neuer Zusammenhalt“ eine Agenda zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Landkreis Hildesheim zu erarbeiten,
- Umsetzung des Vorhabens "Kreientwicklung - öffentliche WLAN-Hotspots" mit dem Ziel, öffentliche WLAN-Zugänge in Gebäuden der Kreisverwaltung zu schaffen,
- die Unterstützung der Tourismusförderung,
- ein Zuschuss für das Schulbiologiezentrum,
- ein Zuschuss an die Musikschule Hildesheim,
- der Einstieg in das Projekt "Digitale Bildung",
- die ideelle und finanzielle Unterstützung eines „Schülerforschungszentrum für die Region Hildesheim“, ein gemeinsamer Antrag der Gruppe SPD/CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Unabhängigen, DIE LINKE. und der FDP vom 17.02.2017. Der Antrag geht zurück auf eine Initiative von Hi-Reg, der

Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Hildesheim. Ziel ist, junge Menschen über ein Schüler- und Schülerinnen-Forschungszentrum an Forschung heranzuführen und damit den Zugang zu den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften) zu fördern und zu unterstützen. Eine gute und wichtige Initiative, die vom Kreistag einstimmig unterstützt wurde.

- die Realisierung des Modellversuches "Schulgesundheitsfachkraft" zum Schuljahresbeginn 2018/2019 an zwei Schulen im Landkreis Hildesheim
- und der Auftrag zur Entwicklung eines Personalentwicklungskonzeptes für die Verwaltung des Landkreises Hildesheim.



Alle Anträge und Ergebnisse der Beratungen lassen sich über das Kreistagsinformationssystem des Landkreises Hildesheim unter <http://www.landkreishildesheim.de> abrufen.

Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Kommunalpolitik

An dieser Stelle des Info-Dienstes werden Mitstreiterinnen oder Mitstreiter aus der Kommunalpolitik vorgestellt. In dieser Ausgabe: Berndt Seiler, Mitglied des Kreistages und dort Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur.

Dein Engagement in und für die SPD: Seit wann & warum?

Seit dem 14. Mai 1974 bin ich Mitglied der SPD. Eigentlich gingen meine Interessen bereits früher in diese Richtung, doch erst der Rücktritt von Willy Brandt am 7. Mai 1974 hat mich zu diesem Schritt veranlasst. Dieser Rücktritt wirkte damals auf mich wie ein Schock und ich empfand den Eintritt als ein Zeichen der Solidarität für Willy Brandt und für die SPD.

Deine Motivation für das Mandat?

Von 2001 bis 2011 war ich Ortsbürgermeister und Ortsbeauftragter des Hildesheimer Stadtteils Itzum. Ich habe diese 10 Jahre neben meinem Hauptjob in Hannover intensiv mit meiner politischen Arbeit vor Ort gefüllt und mich dann entschlossen, für den Kreistag zu kandidieren. Da ich die ersten 17 Jahre in Bad Salzdetfurth gelebt habe und bereits sehr früh großes Interesse an meinem regionalen Umfeld zeigte, war dieser Schritt für mich konsequent.



Dein konkretes Ziel/deine konkreten Ziele in dieser Legislaturperiode?

In erster Linie möchte ich einen guten Job machen als schulpolitischer Sprecher der SPD und als Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur. Wenn es uns im Kreistag gelingt, die Schulen vor allem in der Informationstechnik auf einen einheitlichen Stand und insgesamt auf ein höheres Niveau zu bringen, dann haben wir bereits viel erreicht. Ein weiterer Wunsch ist die Kostenübernahme im

Schülerverkehr des Sek II Bereichs, wobei hier mehrere Modelle geprüft werden müssen. Im Bereich der Kultur sollte der Tourismus noch stärker in den Vordergrund rücken gerade auch im Hinblick auf eine mögliche Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas.

Dein Vorbild/deine Vorbilder?

Ich habe bei genauer Überlegung eigentlich viele Vorbilder, wobei jedes einzelne zu seiner Zeit mein Leben in gewisser Weise geprägt hat oder immer noch prägt. Zu meiner Studienzeit in den Siebziger Jahren und darüber hinaus waren es aber vor allem Willy Brandt und auch Helmut Schmidt.

Dein Lieblingsautor?

Günter Grass, Siegfried Lenz, Friedrich Dürrenmatt und Walter Kempowski.

Dein Lieblingsmusiker?

Derzeit Till Brönner und über die Jahrzehnte hinweg Edward Grieg.

Dein Lieblingsplatz?

Auf der Terrasse bei jeder sich bietenden Gelegenheit und bei schlechtem Wetter mein gemütliches Arbeitszimmer im Dachgeschoss unseres Hauses.

Deine Lieblingsbeschäftigung?

Reisen, Kochen und Relaxen ...

Mitgliederversammlung des SPD-Gemeindeverbandes Holle - Vorstandswahlen und Jubilarehrungen

Am 22. März 2017 fand die Mitgliederversammlung des SPD-Gemeindeverbandes Holle statt. Auf der Tagesordnung standen die Wahl des Vorstandes, die Ehrung langjähriger Mitglieder und die Vorstellung und ein Austausch mit unserem Landtagsabgeordneten Markus Brinkmann. Ich freue mich, dass mich die Mitgliederversammlung als Vorsitzenden des SPD-Gemeindeverbandes bestätigt hat. Herzlichen Dank für das Vertrauen. Ich freue mich auf die weitere Arbeit!

Die Arbeit im SPD-Gemeindeverband und im Gemeindeverbandsvorstand ist geprägt von einer tollen Arbeitsatmosphäre und einem super Team, bei dem ich mich auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für die Zusammenarbeit und Unterstützung bedanke. Ich habe mich daher gefreut, dass als stellvertretende Vorsitzende Maike Gückel und Doris Bremermann, als Schriftführerin Karin Wieduwilt und als Kassiererinnen Ute Witteczek bestätigt wurden. Internet-Beauftragter bleibt

Horst-Günther Bode, eine gute Entscheidung! Neu im Team ist Christoph Hienle als Pressewart. Herzlich Willkommen! Besten Dank an Hans-Adolf Knopp, der in den letzten Jahren diese Funktion innehatte und dieses Jahr auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte.



Zu den schönsten Aufgaben als Vorsitzender einer Gliederung der SPD gehört die Mitglieder- und Jubilarehrung. Es ist eine schöne Gelegenheit, im Namen der Partei Danke zu sagen: für oftmals langjähriges ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement und für die Zugehörigkeit und Treue zur Sozialdemokratischen Partei! Im Rahmen der diesjährigen Mitgliederversammlung wurden Ingrid Weber und Benno Haunhorst für 40jährige Mitgliedschaft und Dirk Gläser für 25jährige Mitgliedschaft in der SPD ausgezeichnet. Herzlichen Dank für die Treue und das Engagement für unsere Partei!

Last but not least: Der Landtagswahlkampf wirft seine Schatten voraus. Die Landtagswahl findet am 14. Januar 2018 statt. Am 24. März 2017 stellte der SPD-Unterbezirk Hildesheim den

Kandidaten im Wahlkreis 22 Sarstedt/Bad Salzdetfurth auf. Markus Brinkmann, Mitglied des Niedersächsischen Landtages seit 2007, wurde erneut nominiert. Wir hatten Markus Brinkmann zur Mitgliederversammlung eingeladen, damit vor der Aufstellungskonferenz noch ein Austausch möglich war. Ich habe mich gefreut, dass Markus Brinkmann an der Mitgliederversammlung teilgenommen hat und die Möglichkeit zum Gespräch und zum Austausch von den anwesenden Genossinnen und Genossen genutzt wurde.

„Unterm Galgenberg“

- SPD-Gemeindeverband Holle lädt zur Autorenlesung

Am 31. März 2017 las der Hildesheimer Autor Bernward Schneider auf Einladung des SPD-Gemeindeverbandes Holle aus seinem Buch "Unterm Galgenberg". „Die schöne neue Mandantin des Hildesheimer Anwalts Michael Bendis kommt ihm näher als es das Anwalt-Mandanten-Verhältnis gebietet. Bis sie eines Tages tot ist.

Selbstmord heißt es, auch bei der Polizei. Doch kurz zuvor hatte sie ihrem Anwalt noch Geld für einen neuen Auftrag gegeben. Bendis glaubt nicht an einen Freitod und nimmt die Spur eines Unbekannten auf, der sich in der Nacht ihres Todes vor der Wohnung

seiner Geliebten herumgedrückt hat“ – so die Kurzvorstellung des Krimis „Unterm Galgenberg“. Die gut einstündige Lesung hieraus fand großes Interesse der anwesenden Gäste. Diese folgten gespannt den Ausschnitten aus



diesem Krimi. Veranstaltungsort, das Café Engelke in Holle, war bis auf den letzten Platz belegt. 40 Gäste waren gekommen, um an der Lesung teilzunehmen, und lauschten gespannt der Lesung und dem Verlauf des Krimis.

Ich habe mich gefreut, dass so viele Gäste an diesem Frühlingsabend den Weg zu unserer Veranstaltung gefunden haben. Besonders gefreut hat mich, dass es gelungen war, Bernward Schneider für diese Lesung zu gewinnen. Vielen Dank dafür!

Bernward Schneider ist seit 1986 Rechtsanwalt in Hildesheim, von 1991 bis 1994 auch in Berlin-Köpenick. Seine Kriminalromane erscheinen im Gmeiner Verlag und im Sutton Verlag. "Unterm Galgenberg" ist sein erster Hildesheim-Krimi.



Weitere Belastung der Region falsche Weichenstellung

SPD-Ortsverein Ambergau / Bockenem und Gemeindeverbände Holle und Söhlde kritisieren SuedLink-Trasse

Der Übertragungsnetzbetreiber TenneT hat einen Vorschlag für einen Verlaufskorridor für den SuedLink vorgelegt. Die nun vorgeschlagene Trasse durchquert den östlichen Teil des Landkreises Hildesheim, die Kommunen Söhlde, Holle und Bockenem. „Eine falsche Weichenstellung“, so die Vorsitzenden der SPD in der betroffenen Region des Landkreises Hildesheim, Dr. Katja Günther Schade (OV Ambergau / Bockenem), Martin Hundertmark-Himstedt (Gemeindeverband Söhlde) und Sven Wieduwilt (Gemeindeverband Holle). „Einer

ohnein stark belasteten Region wird eine weitere Belastung zugemutet.“

Dieser Teil des Landkreises ist in Teilen bereits durch den Verlauf der 380-KV-Trasse Wahle-Mecklar betroffen. Zwar sei es hier dank des Engagements der Bürgerinnen und Bürger und der damit erreichten Gesetzesänderung gelungen, im Bereich der Samtgemeinde Baddeckenstedt die Freileitung zu verhindern und Erdverkabelung zu erreichen, so Sven Wieduwilt, Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle. Aber in anderen Teilen der Region kommt die Realisierung in Form der Freileitung. „Die Belastung für die Region, für die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer und die Umwelt- und

Naturlandschaft ist bei der Freileitung und selbst bei der Erdverkabelung nach wie vor gegeben.“ Mit der 380-KV-Stromtrasse Wahle-Mecklar verlaufe außerdem eine wichtige Stromtrasse bereits durch die Region, so Sven Wieduwilt weiter. Die Notwendigkeit von SuedLink werde nicht grundsätzlich infrage gestellt. „Allerdings kann und muss die regionale Verantwortung geteilt werden.“ Bei dieser Aussage gehe es auch nicht um ein Handeln nach dem St. Florians-Prinzip. „Aber wir haben den Anspruch an den Übertragungsnetzbetreiber und die Politik auf Landes- und Bundesebene regionale Belastungen im Blick zu haben und Ausgleiche herbeizuführen.“ Die ohnehin bereits betroffenen Kommunen dürften nicht alleine gelassen werden, Bundes- und Landespolitik müsse hier den Ausgleich moderierend eingreifen.

TenneT hat angekündigt, den Antrag auf Bundesfachplanung am 17. März 2017 einzureichen. Die Bundesnetzagentur prüft die Unterlagen und richtet Antragskonferenzen aus. „Die Bürgerinnen und Bürger unserer Region sollten das Antragsverfahren und die Öffentlichkeitsbeteiligung nutzen, um ihre Einwände gegen diese Trassenführung deutlich zu machen“, unterstreicht Katja Günther-Schade. „Das ist wichtig, um gegenüber TenneT deutlich zu machen, dass es gute Gründe gegen diesen Vorschlag gibt und andere Trassenvarianten erneut in den Blick genommen werden sollen.“

Zu den Belastungen der Region gehöre ferner der Ausbau der Autobahn und des Autobahnkreuzes Salzgitter-Dreieck. Auch hier werde die Notwendigkeit nicht verneint und die Entlastung an anderer Stelle gesehen, betont Katja Günther-Schade. „Aber die Belastung für die Region durch Baustellenverkehr und baustellenbedingte Verkehrsflüsse wird durch die Baumaßnahmen immens sein.“ Hinzu kommt, dass Bockenem nicht nur durch den dreispurigen Ausbau schon deutlich betroffen sei. Die Windräder am Königsturm stünden auch immer noch im Raum. „Hinzu kommen die Nacharbeiten durch den widerrechtlichen Einbau der Schadstoffe und die dadurch erforderliche Sanierung.“

Die Stromtrasse Wahle-Mecklar und der Autobahn-Ausbau sind bereits Großbaustellen. „Wir haben daher den Anspruch und den Willen, nicht noch eine weitere Großbaustelle zu bekommen“, so Sven Wieduwilt.

IMPRESSUM

Sven Wieduwilt

Mitglied des Kreistages des Landkreises Hildesheim, Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle

Adresse: Wiethagen 3 31188 Holle

E-Mail: info@sven-wieduwilt.de

Homepage www.sven-wieduwilt.de